

**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 52 (1973)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Der Staat, das arme Luder  
**Autor:** Pesch, Fritz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-338684>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

*Dr. Fritz Pesch*

## «Der Staat, das arme Luder»

Der Ausdruck stammt von Kurt Tucholsky. Er bezeichnete damit die Schwäche und Ärmlichkeit der westlichen Staatswesen im Vergleich zum babylonischen Prunk und der pharaonischen Macht der wahren Gewalthaber im Lande, der Grossfinanz. Tucholsky vermutet, dass Bürokratismus und gelegentliche Überheblichkeit einzelner Beamter einem Kompensationsbedürfnis entstammen. Wenn endlich einmal ein kleiner Bürger vor einem Schalter steht, dann will man es ihm zeigen!

Auch heute drehen die Räder in der Schweiz unrund. An einer Stelle des Rades hängt der ungeheure, in den Händen weniger Personen vereinigte Reichtum. Gegenüber am Rad, wo der Staat ist, hängt höchstens das Ventil.

Nebenbei bemerkt: Auch der Sowjetstaat ist ein armes Luder, nicht wegen der ungleichen Verteilung des Reichtums, aber wegen der ungleichen Verteilung von Macht. Letztere liegt in den Händen weniger Privatpersonen, welche sich, zum Beispiel als Troika bezeichnet, des Cockpits des Staatsflugzeuges, in unserem Falle des Kremls, bemächtigt haben.

Aber wischen wir vor der eigenen Türe.

Die Kunde, dass unser Staat arm ist, verglichen mit den unkontrollierten Reichtümern im Lande, und dass viele unserer Übel von diesem Missverhältnis herrühren, stösst auf eine instinktsichere kapitalistische Gegenpropaganda und auf Denk- und Instinktträgheit in den eigenen Reihen.

So steht in der Juli-August-Nummer 1972 des «Profils» ein Artikel des gelegentlichen Mitarbeiters Dr. Robert Kehl «Aktuelle Postulate im Telegrammstil», der auch heute noch eine Diskussion verdient.

Zunächst enthält der Artikel gute und originelle Postulate, deren Verwirklichung allerdings grössere Staatsausgaben zur Folge haben dürfte, wie zum Beispiel

Garantie eines Mindesteinkommens für jeden Bauern,  
Verstaatlichung der Pharmazeutika,  
Ausdehnung der Krankenversicherung auf zahnärztliche und zahntechnische Dienste,  
vorzeitige Pensionierungsmöglichkeit,  
und anderes mehr.

Aber dann kommen folgende ungeheuerliche Sätze:

«Der Staat ist ein ungeheurer Geuder. Ich bin überzeugt, dass er bei gutem Willen aller Behörden und Beamten fast mit der Hälfte der Mittel seine Funktionen ebenso gut erfüllen könnte . . . Ich denke, es wäre den Versuch wert, eine Art Spar-Ombudsmann zu schaffen, der auf keinen Fall von der Regierung, sondern vom Parlament ernannt werden müsste. Dieser Spar-Ombudsmann . . . wäre unter eigener strenger Verantwortlichkeit verpflichtet, gegen Behörden und Beamte, welche die Interessen des Fiskus nicht nach bestem Wissen und Gewissen . . . wahrnehmen, Zivil- und nötigenfalls Strafklage zu erheben . . .»

Dazu der Kommentar eines Beamten, nachdem er das gelesen hatte:

«Am besten macht man gar nichts mehr, dann kann nichts passieren.»

Dr. Robert Kehl hat, wie andere Artikel von ihm zeigen, etwas Witzig-Koboldhaftes. Vielleicht hat er nur testen wollen, ob auf derart massive Unsinn-Dosen der Patient, unsere Linkspolitiker, auch adäquat reagiere. Die ausgebliebene Reaktion soll hier nachgeholt werden.

In einer kapitalistischen Zeitung wären die Worte Kehls nicht als ironisch empfunden worden. Denn diese Zeitungen haben jetzt reichlich zu tun, um im Interesse von etwa 5 Prozent der Bevölkerung die Reichumssteuer verdächtig zu machen.

Dazu gehört die These, man müsse den Staat knapp an Einnahmen halten, um ihn zum Sparen zu zwingen.

Das ist leider nur allzu gut gelungen.

Die Parlamentsdebatten zeigen, dass es keine wahren Sparmöglichkeiten mehr gibt. Der Staat ist längst auf das lächerliche Gebiet des symbolischen Sparens und auf das gefährliche Gebiet des Scheinsparens ausgewichen. Symbolisches Sparen liegt zum Beispiel vor, wenn ein Gericht die Honorare der amtlichen Verteidiger knapp hält. Die jetzigen Ansätze gehen an für nebenamtliche Amtsverteidiger. Aber für einen Anwalt mit eigener Praxis wäre es kaufmännisch unsorgfältig, bei einem Riesenfall als Amtsverteidiger gleichviel Zeit aufzuwenden, als wenn er für den gleichen Fall als Klienten einen Millionär hätte.

Symbolisches Sparen liegt auch vor, wenn man von kleinen Subventionen für kulturelle Zwecke noch ein paar Zehntausenderlein abzwackt. Mäni Leuenberger hat das seinerzeit im Nationalrat «Insektenmord» genannt.

Scheinsparen liegt zum Beispiel vor, wenn dringend nötige Bauten aufgeschoben werden. Dann müssen sie später, bei stark gestiegenen Preisen, nachgeholt werden. Der Staat nimmt also in seiner Not bei der Zukunft Kredite zu Wucherzinsen auf. Einem privaten Verwaltungsrat würde man das als ungetreue Geschäftsführung vorwerfen.

In der Psychiatrischen Klinik Burghölzli liegen die Patienten zum Teil auf Matratzen am Boden. Man spart am Heizen. Dafür bringen die Pfleger für den Nachtdienst von zu Hause Strahler mit . . .

Seit Jahrzehnten redet man über eine dritte psychiatrische Anstalt im Kanton Zürich. Ausser den Sitzungsgeldern kosten diese Reden freilich scheinbar nichts.

Unser Strafvollzug wirkt nicht. Die baulichen Verhältnisse in der zürcherischen Strafanstalt Regensdorf zermürben und entwürdigen die Insassen. Für Therapie – Hauptzweck des Strafvollzugs – wird nur ein Bruchteil des Nötigen ausgegeben. Auch ein Fall von Scheinsparen; denn die aus diesen Zuständen zwangsläufig sich ergebende Rückfälligkeit kostet das Volk mehr.

Aber die Privatwirtschaft!

Von 1966 bis 1972 hat das Personal der Banken um zwei Drittel zugenommen, dasjenige der Bundesbetriebe nur um einen Siebentel. Dann wundern sich die Leute über Leistungsabbau bei den PTT.

Die Werbeausgaben der Privatwirtschaft werden in der Statistik gemessen am Bruttosozialprodukt des einzelnen Landes. Da befindet sich die Schweiz unter den westeuropäischen Staaten in einer Spitzengruppe. Diese Prozentsatzzahl hat in letzter Zeit noch zugenommen.

Wenn überhaupt irgendwo, und zwar um der Teuerungskämpfung willen, ein Sparzwang nötig ist, dann bei der Privatwirtschaft. Deshalb müssen wir auch hier wieder auf die Reichtumssteuer zurückkommen. Sie wäre die beste Konjunkturdämpfung, besser als die Kreditsperre, welche ja nur den Kleinunternehmer trifft.

Den Baustopp auch auf staatliche Bauten auszudehnen, wo doch unsere Infrastruktur unterentwickelt ist, sieht so unlogisch aus, als wollte ein Arzt einen Unterernährten und einen Verfetteten nach den gleichen Methoden behandeln.

Natürlich hat die Reichtumssteuer nur dann einen Sinn, wenn sie einer Entlastung unterer Steuerzahler dient. Denn die Kehlschen Thesen, seien sie nun ernst oder provokativ gemeint, stossen leider auf allzuviel Zustimmung im Volke, weil die Mehrheit dieses Volkes allzu hohe Steuern erbringen muss. Die Steuerpflicht sollte aber nicht, wie es heute noch geschieht, fast gar in die Nähe des Zwangsbedarfes kommen.

Die Linke muss mehr Phantasie entwickeln als bisher bei der Hinaufsetzung der steuerfreien Quote. In der Nummer vom 16. April 1973 des «Zürichbieters» wendet sich der freisinnige Kantonsrat Dr. Lüchinger gegen solche Bestrebungen mit dem Argument, es sei eine Forderung der menschlichen Würde, keine «Gratisbürger» zu schaffen.

Nach dieser typisch freisinnigen Weltanschauung gibt es also keine menschliche Würde für denjenigen, der es nicht gut vermöchte, Steuern zu zahlen. Im gleichen Artikel ist auch von der Gefahr der «Steuerabwanderung» die Rede, also von der Desertion steuerlicher Dienstverweigerer über die Grenze, aber ohne dass in diesem Zusammenhang Dr. Lüchinger nochmals auf den Begriff der Würde zurückkäme.

Wir sollten uns nicht vor dem Schlagwort «Gratisbürger» fürchten. Es

wird sie nie geben. Denn auch der von direkten Steuern Befreite müsste via Zölle und Umsatzsteuer prozentual mehr an die öffentlichen Ausgaben beitragen als mancher Reiche.

Vielmehr gilt es, die Räder unserer Volkswirtschaft besser auszuwuchten. Staatswirtschaft und Staatsfinanzen sollten ein besseres Gegengewicht zur Privatmacht bilden können. Und unser bisheriger Armenhäuslerstaat sollte nicht noch – lieber Kollege Kehl – als «Geuder» verspottet werden.

---

Wir können von einem praktischen Beginn überhaupt erst dann ernsthaft reden, wenn die Botschaft der *Grenzen des Wachstums* von einer grossen Zahl von Wissenschaftern, Politikern und auch von der Bevölkerung in vielen Ländern wirklich akzeptiert und als äusserst dringlich anerkannt ist. Die Übergangsphase wird in jedem Fall schmerzhaft sein, sie verlangt ein aussergewöhnliches Mass an menschlichem Scharfsinn und an Entschlusskraft. Nur die Überzeugung, dass es zum Überleben keinen anderen Weg gibt, kann die dazu notwendige moralische, intellektuelle und schöpferische Kraft für dieses bisher in der Menschheit einmalige Unternehmen freisetzen.

aus «Die Grenzen des Wachstums» von Dennis Meadows